

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Wolfgang Sieler MdB, Mitglied im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, kommentiert die Auswirkungen des Bonner Sparhaushaltes auf Arbeitnehmer: **Schöne Bescherung.**  
Seite 1

Dr. Wilhelm Wiegrefe, Sprecher der SPD Berlin, zum Vorwahlkampf in der Stadt: Harry Ristock kann auf die Leistungen von Peter Ulrich und Hans-Jochen Vogel bauen.  
Seite 2

Volker Neumann MdB erinnert an die Ankunft der ersten Vietnamesen vor fünf Jahren in der Bundesrepublik: **Boat-People.**  
Seite 4

### Dokumentation

Die Betriebsgruppe Polizei im SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe kommt nach Analyse von bundesweitem Datenmaterial zu dem Schluß: Eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ist nicht erforderlich.  
Seite 5

38. Jahrgang / 246

23. Dezember 1983

### Schöne Bescherung

Der Bonner Sparhaushalt treibt Arbeitnehmer in die Armut  
Von Wolfgang Sieler MdB  
Mitglied im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Was die jüngst beschlossenen Sparmaßnahmen - es handelt sich um die dramatischsten in der Geschichte der Bundesrepublik - für einzelne Gruppen des angespannten Arbeitsmarktes bedeuten, wird den Betroffenen erst in den nächsten Monaten klar werden. Strukturschwache Räume werden durch die gesetzlichen Änderungen noch mehr in die wirtschaftspolitische Isolation getrieben.

Ein Beispiel dafür: der Raum Ostbayern.

Hier gibt es viele Beschäftigte im Bereich Bau, Waldarbeiter und Arbeitnehmer der bayerischen Steine- und Erdenerzeugungsindustrie. Sie sind, so das Arbeitsförderungsgesetz, "witterungsabhängig Beschäftigte". Trotz des massiven Protestes der Sozialdemokraten während der Beratungen zu den Haushaltsbegleitgesetzen, wurde eine Korrektur der Anwartschaftsregelung für den Bezug von Arbeitslosengeld abgelehnt.

Nach dieser neuen Anwartschaftsregelung müssen Arbeitnehmer, deren Tätigkeit witterungsabhängig ist, mindestens acht Monate versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein, wenn sie Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben wollen. Aber gerade diese Arbeitnehmergruppe erreicht sehr oft, ohne eigenes Verschulden, diese acht Monate nicht.

Folge: Rauschmiß aus dem Kreis der Empfänger von Arbeitslosengeld, obwohl sie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Entsprechende Änderungsanträge der Sozialdemokraten, die zum Ziel hatten, den ursprünglichen Rechtszustand, nämlich sechs Monate versicherungspflichtige Beschäftigung, wiederherzustellen, wurden durch die Mehrheit der Rechtskoalition abgelehnt. Dies obwohl sich die alte Marke in der Praxis bewährt hatte.

Das Sozialstaatsgebot wird durch die neue Regelung auf den Kopf gestellt, die Betroffenen werden zu Sozialhilfeempfängern degradiert.

Wie lange lassen sich das die Arbeitnehmer unseres Landes noch gefallen? (-/23.12.1983/ks/rs)

+ + +

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
with recycled paper  
Kreuzkopf

Die Berliner SPD im Vorwahlkampf

Peter Ulrich und Hans-Jochen Vogel haben gute Voraussetzungen  
für Harry Ristock geschaffen

Von Dr. Wilhelm Wiegrefe  
Sprecher der SPD Berlin

Hätte vor einem Jahr jemand vorausgesagt, daß der Spitzenkandidat der Berliner SPD Harry Ristock und sein Gegenpart Eberhard Diepgen heißen würde, er wäre milde belächelt worden. Nun - Politik ist spannender als "Dallas" - "die Situation ist da", um mit Adenauer zu sprechen. Und sie ist auf den zweiten Blick sogar noch überraschender als auf den ersten: Erschien Ristock zunächst als nicht sonderlich chancenreicher Herausforderer des freiherrlichen Angstgegners, so haben sich die Rollen heute umgekehrt. Der frühe Start des SPD-Spitzenmannes läßt den designierten Amtsnachfolger Richard von Weizsäcker seinerseits als Herausforderer erscheinen: Während der junge alerte Christdemokrat noch emsig damit beschäftigt ist, in den Startlöchern zu scharren, zieht der gestandene Fuhrmann der Berliner SPD schon ruhig und selbstbewußt seine Bahnen durch die Stadt. Wo immer Eberhard Diepgen in den kommenden Wochen und Monaten hinkommen wird - Harry war schon da!

Der Berliner Wahlausgang in gut einem Jahr erscheint offener denn je. Dies ist der CDU durchaus bewußt. Harry Ristock geisterte denn auch als unberechenbare Größe - zuweilen fast als Gottseibeiuns - durch die Reden des jüngsten Landesparteitags der CDU. Und die konservative Presse, die das Kandidatenpoker der Berliner Christdemokraten zu einer Volksabstimmung für Frau Laurien hochschrieb, reduzierte die Qualifikation für den Weizsäcker-Nachfolger letztlich auf nur ein Kriterium: Kann er Ristock schlagen?

Die Nominierung Diepgens, des heimlichen "Wunschkandidaten" vieler Genossen, darf die Berliner SPD allerdings nicht in Sicherheit wiegen. Einmal im Amt, gibt es vielfältige Möglichkeiten, auch vormals blaß erscheinende Persönlichkeiten zu kolorieren. Lothar Späth, der seinerzeit den populären Manfred Rommel aus dem Felde schlug, hat dies in Baden-Württemberg beispielhaft vorexerziert.

Die alles entscheidende Frage am Wahltag - voraussichtlich der 21. April 1985 - lautet deshalb auch nicht: "Harry Ristock oder Eberhard Diepgen?", sondern ganz schlicht: "Wer kanns besser - die SPD oder die CDU?"

Es wird also nicht in erster Linie um persönliche Ausstrahlung und Fähigkeiten des einen oder des andern Bewerbers gehen, sondern um die Sachkompetenz ihrer Partei zur Lösung der Probleme Berlins. Wäre es anders, dann hätten die Berliner Wähler im Mai 1981 Hans-Jochen Vogel in seinem Amt bestätigt, denn der lag in den Meinungsumfragen als Person vor Richard von Weizsäcker. Der CDU wurde seinerzeit allerdings eher als der SPD zugetraut, die Probleme der Stadt in den Griff zu bekommen. Also machten die Wahlbürger ihr Kreuz bei den Christen.

Die CDU weiß genau um diese Mechanismen. Und Diepgen - kaum vom Landesausschuß seiner Partei gekürt - betonte folgerichtig das Gewicht und die Qualität seiner Mannschaft, des derzeitigen Weizsäcker-Senats.



Denn Sachkompetenz kann sich nicht ausschließlich an der Person des Spitzenkandidaten festmachen. Auch die breitesten Schultern wären dafür zu schmal. Sachkompetenz - schon als Wort sperrig und abstrakt - läßt sich auch nicht ohne weiteres verschmelzen mit den bloßen Buchstaben der Partei. Sie bleibt vage und unbestimmt, sofern sie sich nicht verbindet mit lebendigen Personen aus Fleisch und Blut.

Es war nicht nur sicherer politischer Instinkt, daß Harry Ristock so frühzeitig in den Ring gestiegen ist, um sich ohne Zeitdruck als Gegenkandidat zum Regierenden Bürgermeister aufzubauen. Es entspricht auch den Erfordernissen einer Oppositionspartei, die - ohne Regierungsapparat und ohne den propagandistischen Effekt des Regierungshandelns - strukturell im Nachteil ist, wenn es gilt, die Öffentlichkeit mit ihrem Programm und Personalangebot vertraut zu machen.

Spätestens mit der Verabschiedung des Wahlprogramms im September kommenden Jahres - nämlich dann, wenn auch die innerparteilichen Wahlen letzte Klarheit erbracht haben über die qualitativen personellen Ressourcen der Partei - sollte deshalb auch das "Schattenkabinett", das personelle Alternativ-Angebot zum Diepgen-Senat, "stehen". Dann muß jeder Senator des CDU-geführten Senats seinen sozialdemokratischen Gegenpart erhalten, muß der künftige Chef der Senatskanzlei feststehen und das Kräfte-messen um Sachkompetenz Ressort für Ressort beginnen.

Gegen ein solches Verfahren gibt es im wesentlichen zwei Einwände: zum einen die Befürchtung, die Mitglieder des Schattenkabinetts könnten bei allzu früher Nominierung bis zum Wahltag durch öffentliche Kritik verschlissen sein. Und zum anderen die Sorge, mächtige Parteifürsten, die bei der Kandidatennominierung außen vor bleiben, könnten durch Trotz und Passivität den Wahlkampf behindern.

Der erste Einwand läßt sich leicht in sein Gegenteil verkehren: Fachlich qualifizierte Senatoren-Kandidaten ziehen das Interesse der Öffentlichkeit und der veröffentlichten Meinung, die - ganz menschlich - zur Personalisierung von Politik neigt, auf sich. Ihre Chance, sich zu profilieren und bekannt zu machen, steigt mit dem Zeitmaß, das zur Verfügung steht. Dies gilt gerade dann, wenn man überwiegend keine "Stars" einfliegt, sondern aus dem eigenen Reservoir rekrutiert, das mit der Erneuerung der Partei nachgewachsen ist und noch nicht die Möglichkeit hatte, der breiten Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu dringen.

Die Sorge, einige Parteigrößen könnten sich - vom Kandidatenkarussell gefallen - wehleidig in den Schmollwinkel zurückziehen, kann angesichts des positiven Effekts, den die frühe Benennung des Schattenkabinetts auf die Gewinnung von Sachkompetenz und Personalprofil haben wird, vernachlässigt werden. Im übrigen wäre die Schmollwinkel-Attitüde einiger weniger auch bei späterer Benennung der Ristock-Mannschaft in der heißen Wahlkampfphase nicht vollständig auszuschließen.

Der Parteiboden, der seit Mai 1981 von Peter Ulrich und Hans-Jochen Vogel gepflegt und beackert worden ist, hat sich als fruchtbar und zukunftsfruchtig erwiesen. Die Reorganisation der politischen Sach-Arbeit zeigt Wirkung. Und die damit einhergehende Förderung des Nachwuchses auf allen Ebenen des politischen Geschäfts war erfolgreich. Die Saat ist aufgegangen. Die Früchte sind gereift. Aber spätestens im kommenden Herbst muß geerntet werden.  
(-/23.12.1983/ks/rs)

+ + +



Boat-People  
-----

Vor fünf Jahren kamen die ersten Vietnamesen in die Bundesrepublik

Von Volker Neumann MdB

Im Dezember 1978 beherrschten die Schlagzeilen der Presse das Schicksal der vietnamesischen Flüchtlinge der "Hai Hong". 2.504 chinesische Vietnamesen durften in Malaysia nicht das Schiff verlassen, bis das Land Niedersachsen in einer humanitären Aktion die Bereitschaft zur Übernahme der Flüchtlinge erklärte. Noch in den Weihnachtstagen kamen die ersten Vietnamesen nach Deutschland. Dies war der Anfang einer internationalen Rettungsaktion, an der sich die Bundesrepublik Deutschland beteiligte. Die "Cap Anamur" der Notärzte und die "Flora" des DRK waren die deutsche Antwort auf die Not der Flüchtlinge.

Wenn auch die Zahl der Bootflüchtlinge abgenommen hat, gibt es sie immer noch. Nur noch ein amerikanisches Schiff ist im Südchinesischen Meer unterwegs um Flüchtlinge zu retten. Die Probleme der südostasiatischen Länder als Erstaufnahme-Länder sind ebenso wenig beseitigt wie die Probleme in Hongkong.

In der Bundesrepublik sind inzwischen über 30.000 Vietnamesen aufgenommen worden. Nachdem die Bundesländer sich geweigert hatten, weitere aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen, sind keine weiteren spektakulären Aktionen erfolgt. Vietnam hat in einer Vereinbarung mit dem Hohen Flüchtlingskommissar eine reguläre Ausreise im Rahmen der Familienzusammenführung zugelassen und erfreulich reibungslos und großzügig abgewickelt. Monat für Monat kommen Kinder und Ehefrauen der bereits in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge.

Die Integration der Vietnamesen hat weniger Schwierigkeiten gemacht als die Integration anderer Bevölkerungsgruppen. Dieses liegt zum Teil an der Hilfe der deutschen Bevölkerung und an den Bemühungen der Wohlfahrtsorganisationen. Unübersehbar ist allerdings, daß eine kleine Gruppe vietnamesischer Flüchtlinge, insbesondere auch in den USA, versucht, einer gewaltsamen Zurückeroberung Vietnams das Wort zu reden. Ein solcher Einfluß wird auch auf Vietnamesen im Bundesgebiet versucht.

Vietnam selbst ist weiter eines der ärmsten Länder der Welt. Diese zum Teil selbst verschuldete Lage durch die Besetzung Kambodschas konnte nicht verbessert werden. Die Besetzung Kambodschas verhinderte eine großzügige Hilfe des Westens. Außer einigen humanitären Beiträgen hat auch die Bundesrepublik Vietnam die bereits zugesagte Aufbauhilfe nicht gewährt. Die Bundesrepublik bleibt aufgefordert, ihren Beitrag in Abstimmung mit den Aseanstaaten zu einer Friedenslösung in und um Kambodscha zu leisten. Dieses würde auch dem vietnamesischen Volk helfen und die politischen Hürden beseitigen, die einer wirtschaftlichen Hilfe entgegenstehen. Unabhängig von den politischen Problemen sollte die Bundesrepublik aber weiterhin aus humanitären Gesichtspunkten über Hilfen durch Hilfsorganisationen wie Terre des Hommes, Caritas und andere nachdenken. (-/23.12.1983/ks/rs)

+ + +



## D O K U M E N T A T I O N

Die Betriebsgruppe Polizei im SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe hat auf der Basis bundesweiten Datenmaterials eine Stellungnahme zur Auseinandersetzung um das Demonstrationsstrafrecht erarbeitet. Wir veröffentlichen sie wegen ihrer grundlegenden Bedeutung im Wortlaut.

### "Eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ist nicht erforderlich"

Ein Statement der Betriebsgruppe Polizei im SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe

1. 1982 kam es in der Bundesrepublik zu 5.313 Demonstrationen, von denen 229 = 4,3 Prozent als unfriedlich eingestuft wurden.

In NRW waren nur bei 28 der insgesamt 1.623 Demonstrationen Gewalttaten zu verzeichnen = 1,7 Prozent.

Von 1970 bis 1973 dagegen waren 9,5 Prozent und 1971 gar 13,4 Prozent der Demonstrationen gewalttätig. Warum soll gerade jetzt das Demonstrationsstrafrecht geändert werden? Will die konservative Bundesregierung die Anzahl der Demonstrationen unter einem fadenscheinigen Vorwand einschränken?

Auch dürfen einzelne spektakuläre Gewalttätigkeiten nicht dafür herhalten, das liberale demokratische Demonstrationsrecht im konservativen Sinne einzuschränken. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf friedliche Demonstrationen ist ein wesentlicher Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Der aus Kaisers Zeiten stammende Paragraph 125 Strafgesetzbuch wurde zur Stärkung staatsbürgerlicher Rechte 1970 liberalisiert. Eine Veränderung wäre ein Rückschritt in die Zeit des Obrigkeitsstaates. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen reichen aus.

Das von der konservativen Bundesregierung angestrebte Ziel wird durch eine Änderung des Paragraph 125 Strafgesetzbuch nicht erreicht, das Gegenteil wird eintreten.

2. Die Begründung zum Gesetzentwurf ist vordergründig. Die konservative Bundesregierung will die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts allgemein zum Risiko werden lassen und den rechtsstaatlichen Grundsatz der staatlichen Beweisspflicht abschaffen!
3. Die Kriminalisierung gewaltloser Teilnehmer, die sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht entfernen, ist kein geeignetes Mittel, Ausschreitungen bei Demonstrationen zu verhindern und Gewalttäter leichter verfolgen zu können. Es ist blaugig zu glauben, daß nach der Aufforderung sich die friedlichen Teilnehmer entfernen und nur die militanten Störer zurückbleiben.

Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß sich die Gewalttäter unter die eventuell abziehenden Demonstranten mischen und ihre Gewalttätigkeiten fortsetzen.

4. Es ist zu erwarten, daß insbesondere bei Großdemonstrationen sich die Teilnehmer nicht entfernen. Nach dem Legalitätsprinzip ist die Polizei nun verpflichtet, gegen alle verbleibenden Teilnehmer vorzugehen, die Personalien festzustellen oder sie gegebenenfalls festzunehmen. An die eigentlichen Gewalttäter käme die Polizei auch jetzt nicht heran.



Hierdurch wird das Rechtsempfinden derjenigen erheblich gestört werden, die friedliche Absichten hatten.

5. Auch ist die Polizei personell und materiell gar nicht in der Lage, Hunderte beziehungsweise Tausende von Demonstranten festzunehmen. Sie kann immer nur einige wenige herausgreifen.

Tatsache ist,  
daß bisher alle Demonstrationen friedlich angelegt waren und daß einige Kriminelle friedliche Demonstrationen für ihre Umtriebe benutzten.

Tatsache ist,  
daß nicht eine Demonstration darauf angelegt war, Kriminelle soweit zu schützen/decken, daß sie ihre Gewalttätigkeiten unbehelligt begehen konnten.

Tatsache ist,  
daß jede Kriminalisierung der friedlichen Teilnehmer sie mit den Gewalttätern letztlich auf eine Stufe stellt und erst jetzt dadurch ein Solidarisierungsprozeß eintritt.

Tatsache ist,  
daß die Masse der Teilnehmer überhaupt kein Unrechtsbewußtsein nach Auflösungsgebot entwickelt und jede Maßnahme als rechtswidrige obrigkeitstaatliche Handlung ansehen würde.

Tatsache ist,  
daß Maßnahmen auch von der Öffentlichkeit als obrigkeitstaatliche Polizeiaktionen eingestuft würden.

Wir Polizeibeamte in der SPD wehren uns dagegen, daß wir gesellschaftliche Konflikte mit polizeilicher Gewalt lösen und daß die Verantwortung von der politischen Ebene wieder einmal auf die Polizei abgeladen werden soll.

Mit verschärften, unpraktikablen Gesetzen kann man dem Problems nicht Herr werden. Notwendig ist eine Verbesserung der Führungs- und Einsatzkonzeptionen und -mittel zur optimalen Erfüllung unserer Aufgabe und zur besseren Eigensicherung aller Polizeibeamten und eine schnellere Aburteilung festgestellter Täter.

Wir appellieren an die Vernunft aller Demokraten in den Parteien, durch diesen Entwurf nicht leichtfertig auf einen Teil unseres liberalen Demonstrationsrechts zugunsten von mehr staatlicher Obrigkeit zu verzichten. Wir erinnern insbesondere die Freien Demokraten daran, ihr Versprechen im Wahlprogramm von 29. Januar 1983, nämlich die Ablehnung einer Änderung des Demonstrationsstrafrechts, einzuhalten. Eine Änderung der bisherigen Regelung geht nicht nur zu Lasten der Polizei, sondern auch zu Lasten unseres rechtsstaatlichen Systems.  
(-/23.12.1983/ks/rs)

+ + +

WIR WÜNSCHEN UNSEREN LESERN FROHE WEIHNACHTSTAGE  
=====

